...nte Rückkehr nach England um zwei Wochen verschieben, angesichts der Dringlichkeit des Pro... mit dem sich die Konferenz in den nächsten ... zu befassen hat, und das die Unterzeichner ...Briefes für wichtiger halten als sogar die Ar...schwierigkeiten, die in England beigelegt werden müssen.

Der Bericht wird nach London gesandt werden, ...dort dem Kabinett vorgelegt zu werden. Wie ver..., wird Lloyd George seinen Beschluß in dieser ...e von der Ansicht seiner Kollegen abhängig ma..., ob seine Anwesenheit in England nötig sei.

Die Festlegung der Grenzen.

Nach einer holländischen Meldung aus Paris sind Vorbereitungsarbeiten für die Festlegung der ...zen von Deutschland fertig.

Die vorgeschlagene Ostgrenze

...nt bei der Ostsee. Danzig gehört zum pol...en Gebiet (!!), das einen kleinen pommerschen ...rikt umfaßt. Das polnische Volk überläßt (!!) ...tschland die Distrikte Bütow, Schlochau und auch ...tsch-Krone und bekommt dafür Konitz und Schnei...ühl. Es überläßt Deutschland fernerhin die Po... Distrikte Schwerin und Meseritz, wogegen Polen ...baum, Lissa und Krotoschin bekommt. Es blei... noch einige Zweifel über die Grenzen von Schle... bestehen, weil das Schicksal von Groß-Warten... noch nicht bekannt ist. Ganz Oberschlesien soll ...r Zweifel Polen gehören, und zwar mit der ...bahnlinie Ratibor—Oderberg, während die tsche...e Grenze sich über Neustadt hin anschließt.

Die Westgrenze.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Paris: Tar...s Bericht über das Rheingebiet ist seit zwei Wo... fertig. In dem Bericht wird die absolute Rück... Elsaß-Lothringens, das Saartal einbegriffen, ver...t. Weiter wird vorgeschlagen, Rheinpreußen und bayerische Pfalz zu einem in militärischer und ...ischer Hinsicht zu neutralisierenden Staat zu ...en.

Die Entwaffnung.

Havas meldet: In den Beratungen des Obersten ...rates trat die völlige Uebereinstimmung der ...ungen zutage. Präsident Wilson hatte wieder ...Vorsitz der amerikanischen Delegation inne. Cle...ceau, Lloyd George, Orlando, Foch, General Des...tes und die militärischen Sachverständigen des ...ten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich ...der endgültigen Festlegung des Textes der Be...ungen, die Deutschland hinsichtlich seines

Heeres-, Flotten- und Flugwesens

...legt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß ...Alliierten verfaßte Wortlaut wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutsch...s vorgesehen, wonach es seine militärische Or...ation auf allen Gebieten zwei Monate nach Un...chnung der ihm auferlegten Bedingungen an...fen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein ...tiges Heer wird beibehalten, desgleichen das Sy... der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige ...ftzeit, ferner die Abschaffung der Rüstungen, der ...gsbetriebe, der Kriegsflotte und des Militärflug...s. An dem Entwurf werden nur Abänderun... von untergeordneter Bedeutung vorgenommen ...en, deren wichtigste in der Vereinfachung der ...ärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands ...t.

Holländische Stimmen.

Je mehr der Zeitpunkt naht, wo die Pariser ...erenz die Vorbereitungen für den Präliminar...en vollendet hat, um so lebhafter wird in Hol... im Volke und in der Presse die Frage erör... ob Deutschland den Entwurf unterzeichnen wird ... nicht. Während der „Telegraaf" in einem Ar... im Anschluß an Erzbergers Rede betont, daß ...schland den Frieden unterzeichnen muß, hegt der ...große Teil des Volkes, das nichts sehnlicher als ...Frieden herbeisehnt und verlangt, daß die alten ...elsbeziehungen wieder angeknüpft werden, Zwei... daran.

Diese Stimme kommt auch in der Presse zum ...druck. Was wird die deutsche Regierung tun, fragt ...aws van den Dag". Wird sie wirklich die Unter...nung des Friedens abzulehnen wagen, und sich ...er auf Wilsons Prinzipien berufen? Die Stim...g, welche in der letzten Zeit in der deutschen ...se zum Ausdruck kam, ist nun auch auf die Re...ungskreise übergegangen. Das Blatt verweist auf ...ergers Rede und schreibt weiter: Aus seiner Rede ... sich ersehen, daß die heutige deutsche Regierung ... den Mut hat, um den Frieden, wie ihn die ...lierten vorschlagen, zu unterzeichnen. Hieraus kann ... ein unendlicher und langwieriger Prozeß ent...eln. Erzberger meint, das deutsche Reich verlange, ... die Freiheiten, die den anderen europäischen ...ern zugute kommen sollen, ihm nicht verwehrt ...en dürfen. Mit Recht darf er sagen, daß nun ...der Entente eine unerhörte Verantwortlichkeit ruht.

Die Amerika-Deutschen frei.

Mit starker Verspätung ist eine offizielle Mittei... aus den Vereinigten Staaten hierher gelangt, ...n Bekanntmachung wegen ihres erfreulichen Cha...ers und ihrer Bedeutung für Tausende von Ueber...eutschen nicht unterbleiben darf.

Seit dem 23. Dezember vorigen Jahres hat die ...rikanische Regierung alle bisherigen Einschrän...gen der Bewegungsfreiheit der feindlichen Aus...er in den Vereinigten Staaten aufgehoben. Aus...ssen sind hiervon die Einschränkungen über den Eintritt in und die Ausreise aus den Vereinigten Staaten. Gefährliche Ausländer bleiben weiter interniert, und soweit sie noch nicht interniert sind, behält das Justizministerium das Recht zu ihrer Internierung.

Diese begrüßenswerte Maßnahme der amerikanischen Regierung ist offenbar als ein Weihnachtsgeschenk für ihre Mitbürger deutscher, österreichischer und anderer feindlicher Nationalitäten anzusehen, die sich in der übergroßen Mehrheit während des Krieges ihrem neuen Vaterlande gegenüber anerkanntermaßen durchaus loyal verhalten haben. Nicht leicht verständlich ist es aber, daß eine so wichtige und in Deutschland zweifellos allgemein interessierende Maßnahme durch die amerikanischen Besatzungsbehörden nicht nach Deutschland mitgeteilt wurde. Man kann nur annehmen, daß die Bekanntgabe im Drange der Ereignisse übersehen wurde.

Warum der Kaiser nach Holland ging.

Aus dem Großen Hauptquartier in Kolberg erhält das amtliche Bureau folgende Mitteilung:

Gr. H. Qu., den 17. März 1919.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder vermehrt mit der Frage, warum der Kaiser nach Holland ging, beschäftigt. Um falscher Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Als am 9. November der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Abdankung seiner Majestät des Kaisers und Königs ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Heer nicht geschlagen, aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind frische Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abschluß des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die Aufständischen bemächtigten sich im Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Verkehrspunkte. Dadurch wurde die Zufuhr von Munition und Verpflegung gefährdet, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Etappen und Ersatztruppen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit des eigentlichen Feldheeres liefen ungünstige Meldungen ein.

Angesichts dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich; hätte sich doch zum Kampf mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feind der Bürgerkrieg gesellt.

Der Kaiser konnte sich ferner zur fechtenden Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Angriff den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden.

Der Kaiser konnte endlich außer Landes gehen. Er wählte diesen Weg, im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren Seelenkämpfen lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterlande am treuesten zu dienen, sowie Deutschland weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, ihm Frieden, Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Daß der Kaiser sich in diesem Glauben geirrt hat, ist nicht die Schuld Seiner Majestät!

v. Hindenburg.

Die neuen Steuern.

Ueber die Entwürfe des Reichsschatzamts für die neuen Reichssteuern erfährt ein Berliner Blatt:

Die neue Reichsvergnügungssteuer wird sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und die „Jahrmarktbelustigungen" (Karussells, Schießbuden usw.) erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarte dergestalt, daß diese staffelförmig mit 10 bis 30 und mehr Prozent Steuern belastet wird. Beispielsweise sollen bei einem Eintrittspreise von einer Mark zehn Pfennig Steuern erhoben werden, dagegen bei einem solchen von 20 Mark etwa 7 Mark.

Die neue Tabaksteuer wird eine Banderolensteuer auf Zigarren sein nach Analogie der bereits bestehenden auf Zigaretten.

Die „Grundwechselabgabe" stellt eine Vereinheitlichung aller bisherigen Grundstücksumsatzsteuern dar.

Die Steuer auf Spielkarten soll wesentlich verschärft werden.

Die Novellen zu den künftigen direkten Steuern sind zurzeit Gegenstände umfangreicher Beratungen im Reichsschatzamt. Dessen Steuertechniker erhoffen Erträge zwischen 30 und 40 Milliarden! Fest steht bereits, daß die künftige Reichserbschaftssteuer auch auf Deszendenten und Ehefrauen ausgedehnt werden soll. Man will übrigens nicht nur, wie bisher, die Größe des anfallenden, sondern auch jene des vorhandenen Vermögens berücksichtigen. Ob die Reichsvermögenssteuer auf Landbesitz im Wege der Erfassung von Naturalien erfolgen wird oder ob, falls mehrere Steuerjahre sich zusammenziehen ließen, Barentrichtung in Frage kommt, ist noch zweifelhaft.

Aus der Waffenstillstands-Kommission.

Ein Transport von 314 deutschen Schwerverwundeten ist, wie die britische Kommission mitteilte, am 15. März von Rouen nach Köln abgegangen. Ein weiterer Transport mit 360 Schwerverwundeten soll am 17. März von Etaples aus folgen.

Marschall Foch ließ eine Note übermitteln, in der er für die Mitglieder der internationalen Kommission in Polen volle Bewegungsfreiheit im ganzen deutschen Gebiet östlich der Weichsel fordert. Der deutsche Vorsitzende fragte an, ob also die Kommission, welche doch nur für Polen und das posensche Gebiet zuständig sei, auch in Ost- und Westpreußen verkehren können soll. Nudant antwortete, er glaube nicht, daß der Geist der Note Fochs der ist, daß die alliierten Delegierten in ganz Ost- und Westpreußen herumreisen werden. Seine persönliche Ansicht sei, daß die Kommission in einem östlich der Weichsel gelegenen Gebiet verkehren wolle, das vielleicht den Korridor bilden werde.

welcher Polen mit dem Meer verbinden soll.

Nudant betonte hierbei das Wort „vielleicht". General v. Hammerstein ersuchte darauf Nudant, nähere Erklärungen einzuholen.

Die französische Kommission hatte vor kurzem unter Angabe verschiedener Gründe die deutsche Regierung gebeten, einer Vereinigung der Brückenköpfe Koblenz und Mainz zuzustimmen. Die deutsche Regierung ließ antworten, daß sie sich nach sorgfältiger Prüfung der Frage mit der Besetzung des neutralen Gebietes zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz nicht einverstanden erklären könne.

Verletzung der kirchlichen Freiheit.

Der belgische Polizeiinspektor von Odenkirchen hat den deutschen Pfarrer Helm, welcher drei Hirtenschreiben des Kardinals Hartmann auf der Kanzel verlas, wegen Vornahme politischer Handlungen während des Gottesdienstes verwarnt. Eine Rechtfertigungsschrift erhielt der Geistliche vom Polizeiinspektor mit einer Randbemerkung zurück, worin er auf seiner Anordnung bestand und für einen Wiederholungsfall mit einer schweren Bestrafung drohte.

Gegen dieses Vorgehen des belgischen Polizeibeamten, das eine Verletzung der kirchlichen Freiheit bedeutet, ist deutscherseits in Spaa nachdrücklichst Protest eingelegt worden.

Zwischen Krieg und Frieden.

Die Lösung der römischen Frage.

„Daily Mail" meldet aus Rom: Man spricht hier dem Besuch des Kardinals Amette beim Papst große Bedeutung zu, da er im Zusammenhang stehen soll mit der Lösung der römischen Frage. Es steht fest, daß der Erzbischof von Paris, der vor seiner Abreise nach Rom mit Clemenceau Besprechungen hatte, mit einer besonderen Sendung beauftragt ist. Ein zuverlässiger Berichterstatter sagt, daß die Großmächte die Absicht haben, den Beitritt des Papstes zum Völkerbund zu verlangen. Dies würde die Anerkennung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles bedeuten und wäre die Lösung der römischen Frage.

Fürstbischöfliche Güter beschlagnahmt.

Die tschechische Regierung hat die österreichischen Besitztümer des Fürstbischofs von Breslau in Jauernig für den tschechischen Staat in Zwangsverwaltung genommen und die dortigen fürstbischöflichen Beamten durch eine aus drei Prager Regierungsbeamten bestehende Kommission auf die tschechisch-slowakische Republik vereidigen lassen.

Auch die jenseits der Grenze gelegenen Güter der schlesischen Stadt Patschkau sind von dieser Kommission mit Beschlag belegt worden.

Die Bedrohung der schlesischen Grenze.

Die Polen und die Tschecho-Slowaken haben in den letzten Tagen starke Streitkräfte an der schlesischen Grenze zusammengezogen. Die Stärke der Polen wird auf 30 000 Mann geschätzt, von denen die Hälfte im Raume von Bendzin versammelt ist. Eine starke Truppe ist auch bei den Tschechen zusammengezogen. Die Tschecho-Slowaken haben sich in der Gegend von Glatz konzentriert. Diese bedrohliche Ansammlung so starker Streitkräfte hat die preußische Regierung in längeren Beratungen beschäftigt. Es ist damit zu rechnen, daß die Tschecho-Slowaken und die Polen gemeinsame Sache machen werden, die letzteren haben uns freilich ständig ihrer Loyalität versichert. Nichtsdestoweniger muß die Situation an der schlesischen Grenze als kritisch betrachtet werden.

Wie eine Korrespondenz hört, wurden in der letzten Kabinettssitzung entscheidende Beschlüsse über eine wichtige, mit der Polenfrage zusammenhängende Einzelfrage gefaßt, wobei die Grenze des Entgegenkommens der Reichsregierung erreicht wurde. Es ist zu erwarten, daß bald noch eine weitere Mitteilung erfolgt.

Feste in Moskau.

„Mitleidlose Anwendung von Feuer und Schwert."

In Moskau fanden anläßlich der sogenannten dritten Internationale im Kreml öffentliche Feste statt. Nach dem Bericht der „Iswestija" waren 32 Delegierte anwesend, die die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder vertraten. Auch Deutschland war vertreten.

Lenin forderte in seiner Einführungsrede die Völker von Europa auf, an der allgemeinen kommunistischen Revolution teilzunehmen. Er sagte, daß die Zustände überall reif dafür seien und daß ein schneller Sieg sicher sei. Nachdem er über seine Reise über die Schweiz durch Deutschland nach Rußland berichtet hatte, sagte der französische Delegierte Guillebeau: „Der grausame Friedensvertrag, den Lloyd George, Clemenceau und Wilson Deutschland auferlegen, wird schnell durch die kommunistische Revolution annulliert werden, ebenso wie der Frieden von Brest-Litowsk aus der Welt geschafft wurde.

Der deutsche Delegierte Albert sagte, daß er nach seiner Rückkehr seinen Freunden, den Spartakisten, erzählen werde, daß die Sowjetregierung ihnen alle möglichen Unterstützungen angedeihen lassen wolle und zwar bis zum endgültigen Siege. Trotzki wurde mit Jubel empfangen und mit dem Rufe: „Es lebe der Gründer der Roten Armee" begrüßt. Trotzki forderte dann die Versammlung auf, die kommunistischen Ziele hochzuhalten und schloß mit den Worten: „Auf zur allgemeinen Diktatur des Proletariats durch mitleidlose Anwendung von Feuer und Schwert."

SLUB
Wir führen Wissen.